

VON BRIGITTE SPETH (SPD)

Die Fragestellung trifft leider nicht den Punkt. Sie unterstellt, Integration und kulturelle Identität seien Gegensätze. Wer aber – gewollt – trotzdem einen solchen „Gegensatz“ aufbaut, muss sich die Frage gefallen lassen, ob die Diskussion um die „Leitkultur“ neu belebt werden soll? Daran allerdings, sollte man sich wirklich nicht beteiligen.

Sollte sich hinter dieser Frage aber die Diskussion um das „Kopftuchurteil“ verbergen, bin ich der festen Überzeugung, dass 1. Muslima ihr Kopftuch tragen können und sollen: im Privaten, auf der Strasse, im Theater, überall; 2. eine Lehrerin den Staat vertritt und insofern zur Neutralität verpflichtet ist und 3. es im Kern um das „politische Kopftuch“ geht. Dieses ist wiederum das Symbol für islamistischen Fundamentalismus, für Ungleichheit zwischen Frau und Mann und für Ungleichheit zwischen den Muslima selbst.

Daher spreche ich mich für ein Kopftuchverbot für Lehrerinnen aus. Der von der CDU dazu eingebrachte Gesetzentwurf wird aber einer verfassungsrechtlichen Überprüfung nicht standhalten. Auch aus diesem Grund hat die SPD-Fraktion den Verfassungsjuristen Professor Battis beauftragt, Vorschläge für eine verfassungskonforme Formulierung zu finden. Denn Integration und kulturelle Identität gehören zusammen. Integrationspolitik beinhaltet Respekt vor der je anderen Kultur und damit auch vor der kulturellen Identität des Einzelnen. Besonders Kindergärten und Schulen erbringen täglich eine solche hohe Integrationsleistung. Ihr Bildungs- und Erziehungsauftrag ist der Demokratie und der Toleranz verpflichtet. Die vorrangige Aufgabe der Politik ist es, gerade jetzt, Schulen und Kindergärten bei dieser schwierigen Aufgabe materiell und ideell zu unterstützen.



VON BERNHARD RECKER (CDU)

Die Frage ist falsch gestellt. Kulturelle Identität bedeutet ein klares Selbstverständnis eigener Werte. Nur wer seine Werte kennt, kann auch andere integrieren. Eine erfolgreiche Integrationspolitik kann sich kein Laissez-faire und keine Beliebigkeit bei den Grundwerten erlauben. Wir brauchen eindeutige „Spielregeln“ für das Zusammenleben in unserem Land, gerade weil unsere Gesellschaft pluralistischer wird. Integration bedeutet nicht Assimilation und nicht Relativierung unserer eigenen Grundwerte – dazu gehört die Religionsfreiheit. Unsere Kinder müssen lernen, dass dieses Gut unverzichtbar ist. Deshalb darf es keinerlei politische und religiöse Indoktrination im Klassenzimmer geben. Jeder Form von Fundamentalismus ist eine entschiedene Absage zu erteilen. Nur wer die Spielregeln der freien Demokratie kennt und akzeptiert, kann sich in unsere Gesellschaft erfolgreich integrieren. Schule muss die Grundlagen für Orientierungsfähigkeit und Identitätsfindung bieten.

Geschichte, Religion und Philosophie sind dafür selbstverständlich. Doch leider verschlechtern sich die Rahmenbedingungen zusehends. Im Haushalt wird es keine weiteren Stellen für praktische Philosophie geben. Versprochen – gebrochen. Integrationsstellen werden in einem Sammeltopf verwaltet und die Rahmenbedingungen für erfolgreiche Integration weiter verschlechtert. Integration muss endlich Vorrang in den Schulen haben.



VON RALF WITZEL (FDP)

Obwohl wir im Zeitalter der Globalisierung leben, betrachten wir Begriffe wie Integration und kulturelle Identität noch immer als Gegensatz. Gerade dies darf jedoch nicht Ansatz unserer Gesellschaft sein. Vielmehr gilt: Integration und kulturelle Identität müssen als verbundene Begriffe angesehen werden. Oftmals ist eine stabile kulturelle Verwurzelung Voraussetzung für die Akzeptanz anderer Kulturen und damit für Integrationsfähigkeit.

Es gehört zu unserem Schulalltag, dass Schüler unterschiedlicher Nationalitäten zusammen unterrichtet werden. Dies geht nicht ohne ein Mindestmaß an Anpassungsfähigkeit. Für einen reibungslosen Unterricht ist es unerlässlich, dass die deutsche Sprache einwandfrei beherrscht wird. Mangelnde Sprachkenntnisse sind bis heute ein großes Problemfeld bei der Suche nach Ausbildungsplätzen. Hier steht das Land in der Pflicht, sich stärker in der Sprachförderung zu engagieren.

Integration erfordert keineswegs eine Abkehr von der eigenen kulturellen Identität. Im Gegenteil: Jede Kultur hat ihre Stärken, von der die jeweils andere profitieren kann. Kinder mit muttersprachlichem Unterricht beherrschen die Herkunftssprache sicher und lernen daher auch andere Sprachen leichter. Und entgegen den Lehrern dürfen sich die Schüler auch künftig so kleiden, wie sie mögen. Grundsätzlich gilt: Debatten um Leitkultur oder Leitreligion werfen unsere Integrationspolitik zurück.



VON SYLVIA LÖHRMANN (GRÜNE)

Für uns Grüne steht beides nicht im Widerspruch zueinander – und darf auch nicht zu einem solchen stilisiert werden. In gewisser Weise bedingen sich Integration und kulturelle Identität sogar: Wer sich seiner selbst bewusst ist, und dazu zählt die kulturelle Herkunft, kann auch andere besser annehmen und respektieren und Teil einer pluralen Gemeinschaft sein. In NRW besuchen Schülerinnen und Schüler mit fast einhundert unterschiedlichen Muttersprachen unsere Schulen. Dort treffen mehr als an jedem anderen Ort unserer Gesellschaft unterschiedliche Kulturen, Religionen und Sprachen aufeinander. Schule ist der Ort, an dem es früh zu einem Austausch und zur Entwicklung von Verständnis und Verständigung von und mit dem „Anderen“ und dem „Fremden“ in unserer Gesellschaft kommen kann und kommen muss. Toleranz und Anerkennung darf aber nicht mit Beliebigkeit verwechselt werden. Natürlich muss die kulturelle Identität der Einzelnen in unseren Schulen da ihre Grenze haben, wo verfassungsrechtlich geschützte Rechte ins Spiel kommen – beispielsweise wenn es um die Gleichberechtigung der Geschlechter oder die Anwendung von Gewalt geht. Hier müssen die Schulen vor Ort klar Stellung beziehen und ihrem Bildungs- und Erziehungsauftrag gerecht werden. Vor allem muss aber die Chance des sich Kennenlernens in unseren Schulen genutzt werden, um ein friedliches Zusammenleben der Kulturen in unserem Land zu gewährleisten.

